

Knut Albrecht
Schwaigerner Weg 5
71717 Beilstein

6.9.2016

An

die Parteivorsitzenden

Katja Kipping, Email: katja.kipping@die-linke.de

Bernd Riexinger, Email: bernd.riexinger@die-linke.de

die Fraktionvorsitzenden

Dr. Sarah Wagenknecht, Email: sahra.wagenknecht@bundestag.de

Dr. Dietmar Bartsch, Email: dietmar.bartsch@bundestag.de

Ministerpräsident Bodo Ramelow Thüringen, Email: bodo.ramelow@tsk.thueringen.de

Dr. Gregor Gysi, Email: gregor.gysi@bundestag.de

Brief eines Wählers

Sehr geehrte Damen und Herren der Partei Die Linke,

seit über 15 Jahren wähle [ich](#)<1>, siehe auch [hier](#)<2>, Ihre Partei in der Hoffnung, dass Ihre politischen Vorstellungen in einer Regierungsbeteiligung realisiert werden. Doch Ihr derzeitiges öffentliches Agieren enttäuscht nicht nur mich, sondern stößt die große Mehrheit Ihrer potentiellen Wähler vor den Kopf. Die Ergebnisse der letzten (Landtags-) Wahlen bestätigen das. Erstaunlicherweise werden in der Partei keine öffentlich erkennbaren Konsequenzen daraus gezogen.

"Eine Mehrheit in unserer Gesellschaft will nach allen Umfragen Entwicklungen, die nur wir vertreten und die von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt werden. Es steht die spannende Frage, wie wir es schaffen, aus einer gesellschaftlichen Mehrheit eine politische Mehrheit im Bundestag zu machen. Das ist unsere Aufgabe." Gregor Gysi am 15. Juni 2013 in Dresden. Die Mehrheit in unserer Gesellschaft (wie in ganz Europa) aber lehnt auch die völlig überzogene und überfordernde "Flüchtlingspolitik" von Kanzlerin Merkel ab, unter den CDU/CSU-Wählern sollen es sogar 90 % sein.

Die Kritik von Sarah Wagenknecht in ihrer Pressemitteilung vom 25.7.2016: "Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern mit erheblichen Problemen verbunden und schwieriger ist, als Merkels leichtfertiges ‚Wir schaffen das‘ uns im letzten Herbst einreden wollte“

halte auch ich für uneingeschränkt zutreffend und angemessen. Und das zeigen nicht nur die Ereignisse der letzten Tage im Juli 2016. Die schon hysterisch anmutende Kritik einiger "Parteifreunde" ist angesichts Frau Wagenknechts bekannter politischer Überzeugung nicht nur abstrus sondern zeugt von erstaunlicher Realitätsferne und Weltfremdheit. Diese Kritik an Frau Wagenknecht erfüllt lediglich Wunschvorstellungen/Wahlkampf-Polemik von Merkel-Anhängern, Unionspolitikern, eben den politischen Gegnern der Linken.

Die große vorhandene Hilfsbereitschaft für Asylbewerber und Flüchtlinge, von Menschen in Not, schließt doch nicht Kritik an Fehlentwicklungen und Misständen aus. Umgehende und pauschale Abqualifizierung jeglicher Kritik als fremdenfeindlich, rassistisch und neonazistisch dient lediglich dazu, Kritik an der Merkelschen Flüchtlingspolitik nicht argumentativ begegnen zu müssen. Die Mehrheit in unserer Gesellschaft weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen Asylbewerbern und

Kriminellen unter ihnen, zwischen der großen Mehrheit hier Schutz suchender Ausländer und den nicht integrationswilligen, unsere Kultur und Sitten ablehnenden und verachtenden unter ihnen. Respektlosigkeit und Verachtung gegenüber Gastgeber, Frauen und Ordnungskräften darf nicht toleriert und beschönigt werden. Wenn auch die große Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten freundlich, bescheiden und dankbar sind, davon bin ich überzeugt, darf nicht beschönigt, vertuscht und geleugnet werden dass es auch kriminelles und kulturfeindliches Verhalten gibt, das nicht akzeptiert werden kann und darf.

Wer seine Anhänger und potentiellen Wähler nicht ernst nimmt, ihre Sorgen und Befürchtungen nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit aufgreift, kann auch keine politische Mehrheit im Bundestag erreichen.

Unsere soziale Sicherung wird mit dem Argument zu hoher Kosten seit über drei Jahrzehnten demontiert. Arbeitslose, Langzeitarbeitslose in Hartz4, Niedriglöhner, ihre Kinder und zunehmend Alte leben in Armut und befürchten nun zusätzliche Konkurrenz. Konkurrenz zu Millionen Asylbewerbern, die von der [Regierung Merkel](#)<3> und der [Wirtschaft](#)<4> gewünscht, in unser Land strömen. Führt man sich allerdings die reale Asyl-Anerkennungsquote in D von 0,7 % (BMI Pressemitteilung 06.01.2016, siehe unten) vor Augen, scheint nicht Asylschutz - die Not von Verfolgten und Bedrohten - sondern Migration von Arbeitskräften für Merkel und Wirtschaft im Vordergrund zu stehen. Ein Einwanderungsgesetz darf nicht länger von der Union verhindert werden.

In den Medien, in der öffentlichen Flüchtlingsdiskussion wird Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzmangel wie prekäre Beschäftigung hartnäckig ausgeklammert, als Tabuthema behandelt. 3,4 Millionen Arbeitslose, besonders [ältere Erwerbslose](#)<5>, 7,5 Millionen Minijobber, ein Drittel zusätzlich zu ihrem Beruf sowie weitere Millionen Niedriglöhner, darunter über 2 Mio Vollzeitbeschäftigte, die sich um einen anständig bezahlten Arbeitsplatz bemühen, müssen befürchten dass sich ihre Situation und die ihrer Familien durch die Flüchtlingskonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert.

Gerade hier ist die Linke besonders gefordert sich für Arbeitslose und Arbeitsuchende, für prekär Beschäftigte, selbstverständlich aber auch für alle abhängig Beschäftigten, einzusetzen und sie nicht gegen Flüchtlinge ausspielen zu lassen. Die Frage, wie die Regierung Merkel dieses Dilemma lösen will, muss gestellt werden. Ängstliches Schweigen nach dem Motto "das könnte rechte Kräfte beflügeln" hilft lediglich Merkel und der Union im Wahlkampf. Dieses Thema aufzugreifen aber wäre bitter notwendige Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Einheimischen.

Während viele Lehrstellenbewerber mit Hauptschulabschluss, darunter viele aus lange hier lebenden Migrantenfamilien, keinen betrieblichen Lehrplatz erhalten und seit Jahren in Warteschleifen abgeschoben werden, sollen nun [Merkels Flüchtlinge](#)<6> mit großem Aufwand bevorzugt gefördert werden. Ohne Berufsabschluss landen junge Menschen unseres Landes in Gelegenheitsjobs, in un- und angelernten Tätigkeiten mit niedrigem Einkommen und geringer sozialer Absicherung. Oft ist der Weg in die Sozialhilfe vorprogrammiert.

Hilfe für Flüchtlinge in Not ja selbstverständlich, aber doch nicht zu Lasten und auf Kosten der Schwächsten hierzulande. Es wird als große Ungerechtigkeit empfunden, wenn Einheimischen der Vorrang bei der Arbeitssuche genommen wird. Ebenso bei der [Zuteilung von bezahlbaren Wohnraum](#)<7>.

Auch ich, wie die große Mehrheit, halte es für selbstverständlich, dass zuerst die Bedürfnisse der Einheimischen berücksichtigt werden. (Das gilt ebenfalls gegenüber EU-Bürger und wird in den übrigen EU-Ländern nicht anders gesehen. Es ist bekanntlich einer der Hauptgründe für den Brexit.) Ja so sind wir, das Volk, die Durchschnittsbürger, wir denken auch an uns und wollen dass es auch uns besser geht. Es mag nicht wenige unter den Linken überraschen und erschüttern, dass wir, das Durchschnitts-Volk, gar keine Idealisten und Heiligen sind, sondern normal Sterbliche, die von ihrer gewählten Partei auch für sich bessere Zustände erwarten. Für diese Parteimitglieder heißt es tapfer

die Zähne zusammenbeißen, um für die Realisierung vieler sehr guter Ideen und Absichten von diesem unvollkommenen Volk dazu in die Lage versetzt zu werden. Ein anderes Wahlvolk gibt es nicht, vielleicht am Sankt Nimmerleinstag. Glaube ich aber auch nicht.

Nach meinem Selbstverständnis gehört zur Kritik auch die Auseinandersetzung, wie es besser gemacht werden könnte. Bei aller geballten Kompetenz, die in der Linken vertreten ist, möchte ich zu den aus meiner Sicht beiden Hauptproblemen Arbeitsplatz- und Wohnungsmangel mir einige Anmerkungen erlauben.

Beim Wohnungsmangel höre ich ausschließlich die Forderung/Planung von Wohnungs-Neubau. Es geht aber doch um bestehenden Fehlbestand an Sozialwohnungen für Einheimische an ihren Wohnorten und dringender Wohnungsbedarf für Flüchtlinge.

- Fehlbelegung von Sozialwohnungen

ist seit Jahren bekannt, ohne dass bisher Abhilfe geschaffen wurde. Auch die derzeitigen Nutznießer werden wirksame Abhilfemaßnahmen kaum als ungerecht reklamieren.

- Viele tausende, seit Jahren leerstehende, Privatwohnungen.

Als Ursache höre ich aus meinem privaten Umfeld häufig die Begründung, sich von problematischen Mietern nur mit großen Schwierigkeiten und Kosten befreien zu können. Einerseits gibt es die ausschließlich am Profit orientierten Wohnungssaniierer, die langjährige, seriöse Mieter möglichst schnell loswerden wollen. Da wird schnell deutlich, wie unverzichtbar rechtlicher Mieterschutz ist. Auf der anderen Seite kann es aber nicht sein, dass Vermieter jahrelang auf dem Rechtsweg bei Missbrauch ihres Eigentums durch Mietnomaden, MESSIS, Zahlungsverweigerung, Wohnungsbeschädigung, -verwahrlosung, ständiger Streit- und Lärmbelästigung, etc. um ihr Wohnungs-Nutzungsrecht kämpfen müssen. In der Mehrzahl, glaube ich, sind es nicht hartherzige Kapitalisten, sondern Normalbürger die sich aus Ihrem Arbeitseinkommen zusätzliche Absicherung für den Lebensunterhalt wie für die Alterssicherung verschafft haben.

Diese Situation begünstigt den Wohnungsmangel und verursacht eher höhere Mieten und Neubaugewinne für die Wohnungswirtschaft und ist - so befürchte ich - der Hintergrund für das existierende Ver/Mietrecht. Rechtsänderungen und ein ausreichendes staatliches Angebot an Übergangs/Ausweich-Hilfsunterkünften aber können sicher viel schneller, besser und kostengünstiger das Wohnungsangebot erhöhen.

- [Plattenbauten im Osten: Viele tausend leerstehende Wohnungen für Flüchtlinge nutzbar](#)<8>.

Dieses Thema, wenn überhaupt öffentlich angesprochen, wird sofort erschlagen mit Worten wie integrationsfeindlich, Ghettobildung, Schaffung sozialer Brennpunkte und nicht zuletzt: Flüchtlinge wollen in Großstädte. Ohne weitere Hinterfragung, ohne Möglichkeiten und Konzepte aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen ...

Ersteinmal: Dringend nötiger Wohnraumbedarf kann hier schnellstmöglich bedient werden.

Und es bietet sich hier eine großartige Möglichkeit modellartig ein Gegenkonzept zur erfolgten Auszehrung östlicher Gemeinden und zum bisherigen Vorrang privatwirtschaftlicher Beschäftigung zu entwickeln. Hier allerdings ist Fantasie, Engagement, Beharrlichkeit und Umsicht gefragt.

Zum Beispiel Thüringen mit seiner zentralen Lage in D. und vielen hier zurückgebliebenen alten Menschen könnte zu einem Zentrum für Altenpflege, Altenwohnheime, betreutes Wohnen, geriatrischer Kliniken und Rehabilitationseinrichtungen ausgebaut werden. Wobei durch staatlich geförderten Ausbau und Sanierung von Plattenbauten günstiger Wohnraum nicht nur für Altenwohnungen und Pflegeheime, auch für das erforderliche Personal und Flüchtlinge geschaffen werden kann. Günstige Wohnungen, Infrastruktur und Lebenshaltungskosten und anständig bezahlte Arbeit könnte entsprechend Ausgebildete und ihre Familien wieder in Ostgemeinden zurückbringen. Entsprechend sanierte Plattenbauwohnungen (Lifteinbau etc.) könnten auch als kostengünstiger Alterswohnsitz bundesweit attraktiv werden. Ebenso als attraktiv günstige Ferienwohnungen für Besucher oder Urlauber. Diese – solide, aber ohne Luxus - auszubauenden

Plattenbauwohnungen könnten bei attraktiv geringen Nutzungskosten einen Boom für Alte wie Junge für die vorgenannten Verwendungen einschließlich Flüchtlingswohnungen und -arbeitsplätze sowie Ferienwohnungen für Familien und junge Urlauber mit kleinem Geldbeutel, etc. auslösen. Auch ich als "Wessi" kann mir vorstellen, dass die - im Westen meist herablassend kommentierten - Plattenbauten, in neuer Attraktivität vermarktet werden können. Weit über nostalgische Gefühle hinaus; meines Wissens waren die damaligen modernen Hochhäuser in Plattenbauweise der Stolz der Republik.

Für diese Sanierungen und den Ausbau entsprechender Infrastruktur, sozialer Betreuung, Integrationsstätten, öffentliche Kantinen und ähnliches würden weitere Arbeitsplätze entstehen. Flüchtlinge könnten entsprechendes Knowhow in Lehre oder als Angelernte hierbei erwerben. Dass sie für den Eigenbedarf oder z. B. bei zu schaffenden Integrationsstätten einsetzen könnten zur Begegnung, öffentliche Folklore-Veranstaltungen, Bewirtungsräumlichkeiten (für Spezialitäten aus den verschiedensten Herkunftsländern, etc. für alle jetzt hier Lebenden aber auch für Urlauber/Touristen) ...

- Ausschließlich staatliche Arbeitsplätze als weiteres Element des Modells realisieren. Entgegen dem bisherigen Vorrang privater Beschäftigung (trotz aller Wirtschaftseuphorie für "Asylbewerber als Arbeitskräfte" sind von den hunderttausenden Flüchtlingen seit einem Jahr anscheinend nur ein paar Dutzend in Arbeit gekommen) sind ausschließlich öffentliche Dienstleistungen und entsprechend zu schaffende staatliche Betriebe einzusetzen. Für alle Beschäftigungen: Bausanierung, Installationen, Verwaltung und Betrieb von Alten- und Pflegeheimen, Verwaltung von Wohnungen für Personal, Flüchtlinge, Alterssitz, betreutes Wohnen, Ferienwohnungen, etc. sind staatliche Betriebe zu schaffen. Fach-/Arbeitskräfte als Regie- und Basispersonal sind vorzugsweise vom Arbeitsmarkt und aus Erwerbslosen einschließlich Langzeiterwerbslosen zu rekrutieren, darüber hinaus Flüchtlinge als Fach- und Hilfskräfte. Dies wäre ein lange überfälliger Einstieg eines "[Mehr statt weniger Staat - Vom Vorrang öffentlicher Beschäftigung](#)"<9>.

Öffentliche Sicherheit

Ein leitender Polizist in Nordrhein-Westfalen wird in einem [ntv-Kommentar](#)<10> zitiert: "Es braucht nicht nur mehr Polizisten, Staatsanwälte und Richter, sondern auch eine Reform der Strafprozessordnung, neue Gefängnisplätze und zugleich mehr Sozialarbeiter, intelligentere Stadtplanung zwecks Ghettovermeidung und besser funktionierende Jugendämter. Es braucht eine transparente und konsequente Einwanderungspolitik mit einer entsprechend klaren und konsequent ausgestalteten Gesetzgebung."

Um dies umzusetzen braucht es entsprechende Mittel. Statt unsere Sozialversicherungsbeiträge, offen wie verdeckt, hier wieder zweckentfremden, ist „Teilhabe an den gemeinsam erwirtschafteten Produktivitätsgewinnen“ und die „Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit“ einzufordern.

Integration von Millionen Flüchtlingen und Migranten in kürzester Zeit?

Kanzlerin Merkel konnte nicht einmal in über 10 Jahren ihrer Regierung abertausende Kinder vor Misshandlung/Tötung in ihren Familien verlässlich schützen

<https://www.haufe.de/recht/kanzleimanagement/zeit-und-recht-misshandelte-kinder-und-behoerdenversagen_222_291436.html>
<<http://www.tagesspiegel.de/politik/kindesmisshandlung-in-deutschland-falsche-toleranz/9409498-all.html>>

Die Polizeibeamtin Tania Kambouri, die Jugendrichter Andreas Müller und Kirsten Heisig sowie der Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky benennen - öffentliche Unterstützung suchend - nicht nur Missstände einer unzulänglichen Integrationspolitik, sie zeigen vor allem auf wo und welche konkreten Änderungen dringend erforderlich sind.

Wer, wenn nicht die Linke, hat die Kompetenz gegenüber rechtspopulistischer Hetze Klartext zu

reden und aus den Erfahrungen und praktischen Hinweisen der vorstehend Genannten Konsequenzen für eine hilfreiche und wirkungsvolle Integrationspolitik zu ziehen.

„Last but not least“ ein Wort zur Sozialen Sicherung.

Erfreulicherweise tritt Die Linke ein für eine solidarische Rentenversicherung wie für eine solidarische Krankenversicherung. Die hierzu notwendige [Finanzierung über eine Wertschöpfungsabgabe als Ausgleich für die wegrationalisierten Arbeitsplätze und damit weggefallenen Sozialbeiträge](#)<11> wurde merkwürdigerweise von der Linken bisher weder gefordert noch öffentlich zur Diskussion gestellt.

Leider ist mein Schreiben viel länger geworden als beabsichtigt. Ich hoffe dennoch dass es von Ihnen aufmerksam und ernsthaft zur Kenntnis genommen wird und zum Nachdenken anregt.

Freundliche Grüße
Knut Albrecht

BMI Pressemitteilung 06.01.2016

<<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html>>

Anm.K.A.: Zahlen im Artikel sind sehr unübersichtlich angegeben, deshalb hier die wichtigsten zusammengefasst: 2015 kamen 1.091.894 Asylsuchende (EASY). Bisher 476.649 Asylanträge gestellt mit 282.726 BAMF-Entscheidungen: 2.029 (0,7 %) Asylberechtigte nach GG16a, 135.107 (47,8 %) Flüchtlinge nach Genfer Konvention, 1.707 (0,6 %) Flüchtlinge erhielten subsidiären Schutz, 2.072 (0,7 %) Abschiebungsverbote, 91.514 (32,4 %) abgelehnte Asylanträge, 50.297 (17,8 %) Anträge anderweitig erledigt (z.B. Dublin-V., Antrag-Rücknahme ... untergetaucht?)

Anm.K.A.: Von 1.091.894 Asylsuchenden nur 428.468 8 (39,2 %) aus Syrien, die Mehrheit aus ganz anderen Ländern: Afghanistan 154.046, Irak 121.662, Albanien 69.426, Kosovo 33.049, ...

(Zu den 1,1 Millionen Flüchtlingen wanderten noch *500.000 EU-Ausländer ein, die auch nicht in Arbeit und Gesellschaft integriert sind und zum Teil ebenfalls auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Quelle Bilkay Öney <http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article152193725/Integration-ist-ein-lebenslanger-Lernprozess.html?config=print>)

*Insgesamt lag der Gesamtwanderungssaldo (=Nettozuwanderung) in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 bei +829.066 Personen (Staatsangehörige aus Drittstaaten: +507.146, Staatsangehörige aus EU-Staaten: +321.920) Quelle BMAF:

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/wanderungsmonitoring-jan-sept-2015.pdf?__blob=publicationFile

Verlinkungen

1<<http://protestwahl.eu/impresum/>>

2<http://www.zukunft--der--arbeit.de/impresum_zda.htm>

3<<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/migration-regierung-kalkuliert-mit-36-millionen-fluechtlingen-bis-2020-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160225-99-975906>>

4<<http://www.welt.de/politik/deutschland/article138826896/Deutschland-braucht-500-000-Zuwanderer-pro-Jahr.html?config=print>>

5<<http://linksfraktion.de/nachrichten/a-ltere-erwerbslose-werden-immer-weniger-vermittelt/>>

6<<http://blog.rentenreform-alternative.de/merkels-fluechtlinge/>>

7<<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.warteliste-fuer-sozialwohnungen-fluechtlinge-draengen-auf-sozialen-wohnungsmarkt.50e9dab5-09a6-4bbd-bf28-01d6be0d5000.html>>

8<<<http://mieterauskunft24.de/plattenbauten-fuer-fluechtlinge/>>

9<<http://www.zukunft--der--arbeit.de/zda.htm#3.4>>

10<http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Es-ist-etwas-faul-im-Staate-article16701696.html>

11<<http://zukunft--der--arbeit.de/zda.htm#Kap.2>>